



ÖSTERREICH

Herrn Präsident
Dr. Christoph LEITL
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Wien, am 4. November 2015

**Antrag
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich
am 26. November 2015**

Das Transatlantic Trade Investment Partnership (TTIP) gilt als eines der ehrgeizigsten Freihandelsabkommen. Es zielt nicht nur auf die Abschaffung bestehender Zölle ab, sondern hat vor allem die Beseitigung von nicht-tarifären Handelsbeschränkungen im Fokus – etwa Regelungen hinsichtlich des Datenschutzes und des Konsumentenschutzes, aber auch Sicherheitsauflagen, technische oder rechtliche Anforderungen an importierte Produkte und arbeitsrechtliche Bestimmungen.

Mit dem Abkommen sind einerseits Vorteile für die exportorientierte Wirtschaft vorhanden. Zu betonen ist, dass der Abbau von Handelsschranken grundsätzlich zu befürworten ist. Andererseits ist zu bedenken, dass ein massiver Preisdruck amerikanischer Produkte, die unter weit weniger strengen Bedingungen erzeugt werden, die Aushöhlung von europäischen oder nationalen Standards mit sich bringt kann. Des Weiteren besteht die Gefahr, dass der Datenschutz und anderer Rechte untergraben werden. Die mangelnde Transparenz ist ebenfalls zu kritisieren.

Ein entscheidender Knackpunkt ist sicherlich die geplante Investor-Staats-Schiedsgerichtsbarkeit (ISDS). Diese soll dazu dienen, den Unternehmen die Möglichkeit zu geben, Staaten auf Schadenersatz zu klagen, wenn durch bestimmte Gesetze die Gewinnerwartungen der Unternehmen beeinträchtigt werden. Aufgrund massiver Bedenken, wurde dieser Teil auch vorläufig ausgesetzt! Hinzu kommt noch, dass ausländische Unternehmen ihren Investitionsschutz nicht bei der staatlichen Gerichtsbarkeit geltend machen sollen, sondern bei privaten Schiedsgerichten. Einem inländischen Unternehmer bleibt dies verwehrt. Eine klare Inländerdiskriminierung!

Die unterfertigten Delegierten des Wirtschaftsparlamentes Österreich stellen daher folgenden

Antrag:

Das Präsidium der Wirtschaftskammer Österreich wird aufgefordert, aufgrund der derzeit vorliegenden Verhandlungsergebnissen dem Abkommen seine Zustimmung zu verweigern.


KommR Matthias Krenn
WKÖ-Vizepräsident


LAbg. Wolfgang Klinger
Del. z. Wirtschaftsparlament


Dr. Erich Schoklitsch
Del. z. Wirtschaftsparlament